

DIE „SUDETENDEUTSCHE GESCHICHTSSCHREIBUNG“

1918-1960

Zur Vorgeschichte und Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer
Tagung der Historischen Kommission für die böhmischen Länder in Verbindung mit dem
Historický ústav Filosofické fakulty Masarykovy univerzity Brno (Historisches Institut der
Philosophischen Fakultät der Masaryk-Universität Brunn) und der Matice moravská v Brně
(Mährischer Kulturverein in Brunn), 1.-2. Oktober 2004

Schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann in den westlichen Besatzungszonen bzw. der Bundesrepublik die Reorganisation der deutschen Ostforschung. Ihr erstes Zentrum fand diese in dem 1950 in Marburg gegründeten Johann Gottfried Herder-Forschungsrat, ihr zentrales Organ in der dort ab 1952 erscheinenden „Zeitschrift für Ostforschung“. Unter dem Dach des Herder-Forschungsrates wurden auch die Historischen Kommissionen für die ehemaligen ostdeutschen Siedlungsgebiete gegründet. Über Marburg erhielten sie, als gemeinnützige Vereine anerkannt, die finanziellen Mittel für ihre Tätigkeit.

Mit Wilhelm Weizsäcker, Bruno Schier, Eugen Lemberg, Josef Hanika, Hermann Aubin und Kurt Oberdorffer war unter den Gründungsmitgliedern des Herder-Forschungsrates auch eine Reihe sudetendeutscher Wissenschaftler. Sie beschlossen, von einer Wiedereinrichtung der deutsch-böhmischen und deutsch-mährischen historischen Vereine und Organisationen aus der Zeit vor 1945 abzusehen und an ihrer Stelle eine gemeinsame Historische Kommission zu schaffen. Am 30. April 1954 fand in Heidelberg die konstituierende Sitzung der „Historischen Kommission der Sudetenländer“ statt. In der ersten Satzung der Kommission bekannten sich die Gründungsmitglieder – Historiker, Germanisten, Volkskundler und Juristen – zur „Fortführung der einschlägigen Tätigkeit der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag, namentlich ihrer Historischen Kommission, sowie der Sudeten-deutschen Anstalt für Landesgeschichte“ und zur „Übernahme von Aufgaben der deutschen Geschichtsvereine von Böhmen und Mähren-Schlesien“. Gesichert werden sollte damit sowohl die Kontinuität einer wissenschaftlichen Organisationsstruktur unter den neuen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen als auch ein geisteswissenschaftliches Milieu mit seinen spezifischen Denktraditionen und Arbeitsweisen. Kontinuität verkörperte die Gründergeneration auch durch die Biographien ihrer Mitglieder: Alle hatten sie ihren beruflichen Weg vor 1938 begonnen, für kaum einen von ihnen hatte die nationalsozialistische Herrschaft einen

Karriereknick bedeutet. Als tiefe biographische Zäsur erlebten sie jedoch das Kriegsende, das Kriegsgefangenschaft, Flucht und Vertreibung, gegebenenfalls Karriereunterbrechungen durch negative Entnazifizierungsbescheide mit sich brachte.

2004 jährte sich diese Gründung zum 50. Mal. Die „Historische Kommission der Sudetenländer“, die sich vor vier Jahren in „Historische Kommission für die böhmischen Länder“ umbenannt hatte, nahm diesen Jahrestag zum Anlass einer Tagung über ihre eigene Vorgeschichte, die sie in Kooperation mit dem Historický ústav Filosofické fakulty Masarykovy univerzity Brno (Historisches Institut der Philosophischen Fakultät der Masaryk-Universität Brunn) und der Matice moravská v Brně (Mährischer Kulturverein in Brunn) durchführte.

Leitende Fragestellung der Tagung war – so der Call for Papers – eine „kritische Bewertung der Kontinuitäten und Brüche der sudetendeutschen Geschichtsschreibung und ihrer Vertreter im 20. Jahrhundert“. Dafür wurde ein primär biographischer Zugang gewählt, über den das „wissenschaftliche und politisch-weltanschauliche Profil“ der Gründungsmitglieder der Kommission rekonstruiert werden sollte. Nachgehen wollte man einerseits der Verbindung insbesondere der Volks- und Kulturbodenforschung mit dem „Volkstumskampf“ in der ČSR und ihrer Funktion für die NS-Politik im Reichsgau Sudetenland und im Protektorat Böhmen und Mähren. Andererseits war es das Ziel der Veranstalter, diese Linie sudetendeutscher Wissenschaftsentwicklung im Kontext der deutschen Ostforschung und ihrer Kontinuitäten wie Brüche nach 1945 zu diskutieren.

In seinem einführenden Vortrag über die Anfänge der „Historischen Kommission der Sudetenländer“ stellte Stephan Dolezel (Göttingen) die beiden ersten Obmänner der Kommission, Rudolf Schreiber (1954) und Kurt Oberdorffer (1955–1968) – stellvertretend für die Gründergeneration – vor: Schreiber kam aus der katholischen Jugendbewegung. Seit 1929 war er – bis zu ihrem Ende 1938 – eines der Führungsmitglieder der Deutschen christlich-sozialen Volkspartei. Oberdorffer war Referatsleiter Hochschule im Stab Konrad Henleins, gehörte von 1933 bis 1938 der Sudetendeutschen Partei an, wurde nach deren Auflösung Mitglied der NSDAP und – im Offiziersrang – der SS. Beide waren Historiker und Archivare und während des Zweiten Weltkrieges Schriftleiter der „Zeitschrift für Sudetendeutsche Geschichte“, beide hatten in der Kulturadministration des Besatzungsregimes verantwortliche Positionen inne.

Nach dem Krieg haben sie nicht nur zur Gründung der Historischen Kommission der Sudetenländer, sondern auch des Collegium Carolinum und des Bohemia-Jahrbuchs beigetragen. Das frühe Arbeits- und Publikationsprogramm der Historischen Kommission charakterisierte Dolezel noch als Mischung aus traditioneller sudetendeutscher Rechtfertigungsliteratur und soliden Archivrecherchen, Fragen der Quellen- und Bücherbeschaffung standen an vorderster Stelle. Themen der jüngsten Vergangenheit wurden umgangen, mit der Geschichte des Reichsgaus oder des Protektorats setzte man sich nicht auseinander. Oberdorffers exponierte Stellung während des Dritten Reichs z. B. wurde nicht thematisiert oder gar als hinderlich für seine Wahl zum Obmann empfunden. Diejenigen, die sich mit dem ‚Großdeutschen Reich‘ arrangiert hatten, so Dolezel, arrangierten sich mit der Adenauer-Republik. In Bezug auf ihre wissenschaftliche Tätigkeit erschien ihnen das Jahr 1945 nicht als

Zäsur, weil sie dem eigenen Selbstverständnis nach stets objektive Forschung betrieben und „der Nationalsozialismus eigentlich nie stattgefunden hatte“.

Im zweiten Beitrag ging Zdeňka Stoklásková (Brno) mit ihren Ausführungen über Berthold Bretholz in das erste Drittel des 20. Jahrhunderts zurück. Sie sah die Gründe für das Scheitern von Bretholz' beruflichen Ambitionen auf mehreren Ebenen: Bretholz habe sich als Modernisierer des Mährischen Landesarchivs viele Gegner gemacht; seine „Urgermanentheorie“ – also die These, die Deutschen in den böhmischen Ländern hätten als Nachfahren der Markomannen und Quaden schon vor den Slawen in diesem Raum gesiedelt – brachte ihn auch wissenschaftlich ins Abseits. Seine jüdische Herkunft verhinderte schließlich die erhoffte Berufung an die Prager Universität. Da er, der 1933 geklagt hatte, sein Deutschland sei ihm verloren gegangen, dem Nationalsozialismus als ‚Nichtarier‘ galt, konnte seine Kontinuitätstheorie nur indirekt rezipiert werden, obgleich sie durchaus Anschlussstellen für eine nationalsozialistische Geschichtsdeutung geboten hätte.

Mit Theodor Mayer, über dessen Bedeutung für die Mediävistik der Zwischenkriegszeit Reto Heinzel (Zürich) sprach, stand dann wieder ein Vertreter der Generation zur Diskussion, die die Vor- und Nachkriegszeit verbindet. Als Leiter des „Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte“ galt Theodor Mayer als Pionier der Entwicklung interdisziplinärer wissenschaftlicher Teamarbeit. Heinzel zeigte, dass Mayer bei der Schaffung wissenschaftlicher Arbeitszusammenhänge nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Erfahrungen zurückgreifen konnte, die er seit den 1920er Jahren im Kontext der Forschung zum Grenzlanddeutschtum gesammelt hatte. In Gestalt der Leipziger „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ (ab 1926), später der „Westdeutschen Forschungsgemeinschaft“, die Mayer ab 1934 leitete, waren fächerübergreifende, in sich geschlossene Denkkollektive entstanden, die durch eine gemeinsame Überzeugung und ein gemeinsames Ziel verbunden waren. Außerwissenschaftliche Faktoren spielten bei der Neuformulierung eines integrierten Volks- und Reichsverständnisses seit den 1920er Jahren eine wichtige Rolle, dieses konnte dann nahtlos mit der NS-Ideologie verbunden werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg – dessen Ende eine vorübergehende Unterbrechung von Mayers Karriere bedeutete – änderten sich die Inhalte: Nun ging es Mayer und den Wissenschaftlern, die er um sich versammelte, um die Schaffung eines „krisenfesten“ (also von politischen Umbrüchen nicht zu erschütternden) neuen Mittelalterbildes. Wissenschaftsorganisatorisch knüpfte er – auch in der Betonung einer corporate identity geschlossener Denkzirkel – an Muster aus der Zeit vor 1945 an. Heinzel mahnte an, diese organisatorische Leistung nicht abgetrennt von den Zielen der verschiedenen Arbeitszusammenhänge zu betrachten, denen Mayer während seiner wissenschaftlichen Laufbahn angehörte. Die Frage, ob eine separate Beurteilung von Erkenntnisinteressen, Fragestellungen und Methoden überhaupt möglich sei, verneinte Heinzel im Falle Theodor Mayers.

Über die „sudetendeutsche Kirchengeschichte“ – ein Begriff, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg eingeführt wurde – sprach anschließend Miroslav Kunštát (Prag). Auch er baute seine Darstellung der Entwicklung der Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Prager Deutschen Universität entlang ihrer wichtigsten Protagonisten, Karl Hilgenreiner, August Naegle und Eduard Winter, auf. Kunštát

beschrieb die deutsche Kirchengeschichtsschreibung in der ČSR als ein Phänomen von ausschließlich regionaler Bedeutung, dem auch eine explizit sudetendeutsche Färbung noch weitgehend gefehlt habe. Da Kunštát sich auf die Universität beschränkte, konnte er für die Zeit nach 1945 auch kaum eine Kontinuitätslinie aufzeigen – schließlich ging Winter, der erneut zur Führungsfigur hätte werden können –, in die SBZ/DDR. Kontinuitäten und Brüche müsste man auf diesem Feld wahrscheinlich durch einen breiteren Zugang in den Blick nehmen, der das gesamte sudetendeutsche katholische Milieu und seine Institutionen einbezöge.

Mit dem Beitrag von Ota Konrád (Prag) über die „Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“, die 1940 in Reichenberg (Liberec) als Nachfolgeinstitution der 1938 aufgelösten „Anstalt für Sudetendeutsche Heimatforschung“ gegründet worden war, wurde eine zentrale sudetendeutsche Forschungseinrichtung vorgestellt. Konrád ging es vor allem darum, die Vernetzungen der „Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ zu zeigen, die über ihre Mitglieder wie Tätigkeitsbereiche sowohl mit dem Verwaltungsapparat des Reichsgaus Sudetenland als auch mit der Prager Universität und vor allem der Reinhard Heydrich-Stiftung eng verbunden war. Sie kooperierte aber z. B. auch mit der „Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft“ und war über ihre „ausländischen“ Mitglieder – unter ihnen Hermann Aubin, Theodor Mayer und Wilhelm Pleyer – auch mit reichsdeutschen Institutionen verbunden. Das führte Konrád zu dem Schluss, dass die „Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ zwar dem Namen nach eine sudetendeutsche Einrichtung gewesen sei, durch ihre Verbindungen wie durch ihre Arbeitsfelder – die die Planung von Maßnahmen zur Eindeutschung fremdstämmiger Bevölkerungsgruppen ebenso umfassten wie den Verwaltungsaufbau im besetzten Osteuropa (vor allem „Osteinsätze“ in der Slowakei) – aber ein integraler Bestandteil der Forschung im nationalsozialistischen Deutschland gewesen sei.

In der anschließenden Diskussion wies Robert Luft (München) auf die Schwierigkeiten hin, die Übergänge zwischen den verschiedenen Ebenen sudetendeutscher Volkstumsforschung zu verorten: von der traditionellen, antitschechischen, die im Rahmen bestehender Staatswesen argumentierte, über eine alldeutsch-völkische mit antislawischer Ausrichtung bis hin zu der imperialen Variante, die das Ziel eines deutschen Großreiches verfolgte. Volker Zimmermann (Düsseldorf) stellte die Vermutung an, dass die „Sudetendeutsche Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ als Behörde des Reichsgaus eigentlich an der Wahrung und Sicherung eigenständiger sudetendeutscher Positionen interessiert gewesen sein müsste, und fragte, ob sich daraus Konflikte mit der Heydrich-Stiftung ergeben hätten, deren Arbeit auf das Gesamtreich gerichtet war. Konrád führte aus, dass die Mitglieder der „Anstalt für Landes- und Kulturbodenforschung“ und der Heydrich-Stiftung weitgehend identisch waren – daher sei die Zusammenarbeit zwischen beiden Institutionen auf die gleichen Ziele gerichtet und weitgehend spannungsfrei gewesen. Die Konfliktlinie zwischen reichs- und sudetendeutschen Interessen sei innerhalb der Reichenberger Anstalt verlaufen.

Eine lebhafte Diskussion folgte dann dem Vortrag von Thomas Krzenek (Leipzig) über Wilhelm Weizsäcker „zwischen Schuld und Verstrickung“. Krzenek charakterisierte Weizsäcker als einen Wissenschaftler, der die Grenze vom Mitläufer zum

aktiven Nationalsozialisten – ähnlich wie Heinz Zatschek und andere – freiwillig überschritten und einen nennenswerten Beitrag zur Gleichschaltung in Forschung und Lehre geleistet habe. In den 1950er Jahren erhielt er in Heidelberg wieder eine Professur und war Mitglied zahlreicher einschlägiger Organisationen – vom Adalbert Stifter Verein über den Herder-Forschungsrat bis zum Collegium Carolinum.

Widerspruch rief bereits der Begriff der „Verstrickung“ hervor, der vielen Diskutanten als deutlich zu passiv erschien. Detlef Brandes (Düsseldorf) plädierte dafür, in Fällen wie dem Weizsäckers von „beamteten Opportunisten“ zu sprechen, die eine viel größere Anpassungsleistung erbrachten, als ihnen das Regime jemals abverlangt habe. Karel Hruza (Wien) ergänzte Krzencks Referat um eine ganze Reihe von biographischen Details, die Weizsäcker im privaten wie öffentlichen Leben als aktiv am NS-System beteiligt und von diesem profitierend zeigten. Weizsäcker habe seine Handlungsspielräume voll ausgeschöpft und dabei durchaus nicht nur als Jurist agiert und argumentiert – so etwa, als er 1936 rassenhygienische Maßnahmen ausdrücklich und mit völkischen Argumenten begrüßte. Vorsichtig – so Hruza – müsse man auch mit dem beliebten Diktum von der „soliden Forschung“ sein: Erstens seien auch Quelleneditionen nicht notwendigerweise neutral, zweitens seien die Nachkriegsarbeiten Weizsäckers stark von der Terminologie der Vorkriegszeit geprägt. Joachim Bahlcke (Stuttgart) verwahrte sich gegen ein Zuviel an biographischer Forschung sowie dagegen, wissenschaftliche Werke durch die Brille des Biographischen zu sehen. Vielmehr solle man sich auf die Werke selbst konzentrieren. Nur so könne man herausfinden, welche Arbeiten Bestand – auch in Hinblick auf die Arbeit der Kommission für die böhmischen Länder – hätten.

Doch auch – und gerade – im Referat und der folgenden Debatte um Eduard Winter und seinen Prager Kreis, den Jiří Němec (Brno) vorstellte, erwies sich das Biographische als zentral. Němec schilderte Winter als äußerst widersprüchliche Figur: Als führender Protagonist der Bewegung für die Erneuerung des Katholizismus war er im Hochschulbund „Staffelstein“ aktiv und schrieb für Periodika wie „Stimme der Jugend“ und „Volk und Glaube“. Religiös geprägt sei auch seine Auffassung der Geschichte von Tschechen und Deutschen in den böhmischen Ländern gewesen. Dabei waren ihm, der von der Soziologie über die „sudetendeutsche Sendung“ zum Geschichtsstudium gekommen war, die Interessen des Deutschums absolut prioritär. Winters Überzeugung nach konnte dieses seine Rolle als ‚Kulturträger‘ in Ostmitteleuropa nur dann erfüllen, wenn es seine innere Stärke wiederentdeckte und in Einheit handelte. Andererseits sah es Winter, der in diesem Punkt stark von Bernhard Bolzano beeinflusst war, als Aufgabe der Sudetendeutschen an, mit den Tschechen in gedeihlicher Art und Weise zusammenzuleben. Als einen dritten Strang, der sich durch das Leben Winters zog, bezeichnete Němec Winters Entschlossenheit zur Karriere: Nach der Lösung des Priesters Winter von der Kirche begann dieser im Reichsgau Sudetenland eine aussichtsreiche Laufbahn, die ihn im Rahmen „kriegswichtiger Arbeiten“ 1944/45 bis in die Ukraine führte. Als sich nach Kriegsende abzeichnete, dass er weder in Österreich noch in Westdeutschland eine Professur erhalten würde, nahm er das Angebot an, in die SBZ/DDR zu gehen, wo er seine beruflichen Pläne verwirklichen konnte. Das wurde ihm

von vielen ehemaligen Staffelsteinern als „Verrat“ ausgelegt. Němec zufolge hatte manches Missverständnis zwischen den Staffelsteinern und Winter aber bereits viel früher begonnen und sei – wie Hans Lemberg (Marburg) an einigen Beispielen illustrieren konnte – keineswegs politisch begründet gewesen, sondern in einem unterschiedlichen Verständnis der Erneuerung der Kirche. Winter sah sich und die Staffelsteiner als Ketzer, diese aber wollten stets nur eine Erneuerung innerhalb der Kirche.

Mit Wilhelm Wostry stand dann wieder ein Vertreter der älteren Generation zur Diskussion, dessen Schüler als Angehörige der Gründungsgeneration der Kommission und des Collegium Carolinum die Brücke zur Nachkriegszeit bildeten. Nina Lohmann (Prag/Düsseldorf) bezeichnete Wostry, der in den 1920er Jahren zum Professor für tschechoslowakische Geschichte an der Deutschen Universität in Prag berufen und zum Obmann des „Vereins für die Geschichte der Deutschen in Böhmen“ gewählt worden war, als einflussreichsten Ordinarius der 1930er Jahre. Wostry schrieb und förderte Arbeiten zur böhmischen Landesgeschichte, wobei er durchaus interdisziplinär dachte, und sah es dabei als wichtigste Aufgabe an, die Leistung der Deutschen herauszuarbeiten. Den paradigmatischen Wandel zu einer sudetendeutschen – schon bald völkisch argumentierenden – Geschichtsschreibung vollzog er 1938/39 bereitwillig mit.

Die Diskussion drehte sich vor allem um die von Lohmann selbst aufgeworfene Frage, wie es sich erklären lasse, dass Wostry, der bis 1938 als „Tschechenfreund“ galt, mit einem Mal entgegengesetzte Positionen vertrat, und was seine Bemühungen um eine vorzeitige Pensionierung im Jahr 1941 motiviert hatte. Wostrys sinkender Einfluss sei keineswegs auf eine ideologische Distanz zum Regime zurückzuführen gewesen, eher auf einen Generationswechsel innerhalb des Faches und auf persönliche Konflikte. Rudolf Jaworskis (Kiel) Vermutung, Wostry habe der Reichsverwaltung nicht als Verbindung ‚zu den Tschechen‘ dienen wollen und daher den Rückzug gesucht, widersprach Detlef Brandes. Brandes zufolge waren es Richtungskämpfe und Cliquenkonkurrenz innerhalb der Führung des Reichsgaus, die dazu führten, dass einzelne Personen ausgeschaltet wurden (die ihre Zurücksetzung ex post als Konflikt mit dem Regime darstellen konnten); wegen Personalmangels allerdings in bescheidenem Umfang. So konstatierte Lohmann auch abschließend, dass gerade Wostry als Integrationsfigur und angesehener Wissenschaftler für die neuen Herrschenden unverzichtbar gewesen sei.

Der folgende Beitrag von Mirek Němec (Ústí nad Labem, Aussig) über „Anton Altrichter und Emil Lehmann. Zwei sudetendeutsche Erzieher“ warf die Frage nach dem möglichen Einfluss historischer Brüche auf persönliche Biographien wie das wissenschaftliche Arbeiten auf. Lehmann wie Altrichter erlebten ihr „Heldenzeitalter“ in der Ersten Republik, Lehmann als erster Verfechter der „Deutschkunde“, von der es nur ein kleiner Schritt zur Volkskunde war, Altrichter als Heimatforscher zur Iglauer Sprachinsel. Beide sahen die Gründung der ČSR als Bedrohung für die Deutschen an. Doch während Lehmann diesen Staat bekämpfte, war Altrichter ein Anhänger des Aktivismus und betätigte sich primär als Autor von Schulbüchern, die 1939, weil sie nicht im Stile des Volkstumskampfes verfasst waren, umgehend verboten wurden. Indessen war es Altrichter, dessen berufliche Laufbahn

sich positiv weiterentwickelte, während Lehmann im nationalsozialistischen System nicht die erhoffte Karriere machte. Robert Luft gab zu bedenken, dass nicht die Frage, wie sich jemand in der Ersten Republik verhalten hatte, sondern wie er sich 1938/39 zu den Rechten von Individuen und Gruppen oder zum Führerprinzip stellte, für dessen Verortung im Kontext des Nationalsozialismus entscheidend sei. Die Debatte konzentrierte sich dann auf die von Jaworski aufgeworfene Frage, welches Fach im Nationalsozialismus Leit- bzw. Trendwissenschaft gewesen sei und welche Einflüsse etwa von geographischen oder anthropologischen Arbeiten auf die Geschichtswissenschaft ausgegangen seien.

Eben mit diesem Fragenkomplex setzte sich Martin Zückert (München) in seinem Vortrag über die „Volkskunde als Nachbardisziplin der sudetendeutschen Geschichtsschreibung“ auseinander. Zückert skizzierte die Entwicklung der sudetendeutschen Volkskunde in der Tschechoslowakei, die in enger Verbindung mit der reichsdeutschen entstand, aber aufgrund des sudetendeutschen Selbstverständnisses nach 1918, ein bedrohter Vorposten des Deutschtums zu sein, spezifische Forschungsinteressen entwickelte und besonders stark zu modernekritischen wie kulturimperialistischen Denkweisen tendierte. So entstand in der ČSR ein Netzwerk von Volkstums- und Heimatforschern, das das universitäre Milieu mit Laienforschern und der Volksbildung verband und das die Wende zu rassistisch-nationalistischen Sichtweisen und den Schritt zur aktiven Beteiligung an der NS-Politik überwiegend willig mitmachte bzw. als Chance begriff. Der Anschlussfähigkeit an den Nationalsozialismus kam zudem entgegen, dass die Volkskunde im Kontext des ‚Volkstumskampfes zwischen Tschechen und Deutschen‘ von Anfang an eine anwendungsorientierte Seite gehabt hatte.

Am Beispiel von Bruno Schier und Josef Hanika, zwei der jüngeren Hauptvertreter sudetendeutscher Volkskunde bis 1945, die später zu den Gründungsmitgliedern der Historischen Kommission zählten, zeigte Zückert zunächst die Verbindung historischer Vorstellungen über die Deutschen in den böhmischen Ländern mit volkswissenschaftlichen Forschungsansätzen und die Weiterführung solcher Forschungen – im Falle Schiers zunächst in Leipzig, seit 1940 in der Slowakei, bei Hanika in Prag u. a. als Mitglied der Heydrich-Stiftung – im nationalsozialistischen System. Daran knüpfte er die Frage, welche Kontinuitätslinien aus den Kriegsjahren in eine „anwendungsorientierte Volkskunde im Interesse der Vertriebenen“ nach 1945 führten. Volkswissenschaftliche Ostforschung hatte nach der Vertreibung ihren Forschungsgegenstand zwar verloren, doch das Sammeln und Konservieren kultureller Zeugnisse sei bereits in der Zwischenkriegszeit gepflegt worden; modernitätskritisch ließ sich nicht nur die Situation der Volksgruppe, sondern gesellschaftlicher Wandel generell interpretieren. Vorstellungen eines Kulturgefälles von West nach Ost und einer kulturbringenden Sendung der Deutschen im Osten passten nahtlos in die herrschende Ideologie des Kalten Krieges. Doch gestand Zückert – der für Bruno Schier nur Kontinuität konstatierte – Josef Hanika für die 1950er Jahre auch das Bemühen zu, mit der Integrationsforschung neue Wege zu gehen; der methodische und paradigmatische Wandel sei aber erst der nächsten Generation gelungen.

Den Weg zur Vertriebenenforschung fand nach dem Krieg auch Karl Valentin Müller. Müller war während des Zweiten Weltkrieges ordentlicher Professor für

Sozialanthropologie und Volksbiologie an der Deutschen Universität Prag gewesen. Dort hatte er sich mit Fragen der Erbmasse, der Rassenhygiene und der Selektion sozialer Gruppen befasst. Ausgerichtet waren diese Forschungen auf das Ziel der „Umvolkung“ von Tschechen in den böhmischen Ländern, aber auch auf die „Behandlung der volkstumpolitischen Verfügungsmasse“ im übrigen Osteuropa. Seine Konzepte sollten der rassenbiologischen Stärkung des deutschen Volkes und zugleich der Stabilisierung der deutschen Herrschaft in den besetzten Ländern Osteuropas dienen. Andreas Wiedemann (Prag/Düsseldorf) konnte in seinem Beitrag überzeugend nachweisen, dass Müller, ab 1946 Leiter eines Instituts für Begabtenforschung in Hannover und ab Mitte der 1950er Jahre Professor für Soziologie und Sozialanthropologie in Nürnberg, bestimmte Grundüberzeugungen beibehielt – so vor allem den Glauben an die natürliche Ungleichwertigkeit von Menschen und die Notwendigkeit, die Bevölkerungsentwicklung unter dieser Perspektive zu steuern.

Die Tradierung von Paradigmen der Vorkriegs- und NS-Zeit in den Forschungen der Nachkriegszeit, wie sie bei Karl Valentin Müller geradezu überdeutlich waren, fordere, so Wiedemann, zu einem vorsichtigen Umgang mit Begriffen und auch Fächerbezeichnungen auf: So sei aus der Rassenbiologie nach 1945 Anthropologie geworden, ohne dass sich an den Grundannahmen Wesentliches geändert habe. Martin Zückert plädierte indessen dafür, nicht bei der Frage nach der konkreten Verbindung einzelner Wissenschaftler mit dem nationalsozialistischen System stehen zu bleiben. Aussagekräftiger als etwa das exakte Eintrittsdatum in die NSDAP sei die Rekonstruktion der Vorstellungswelten, die seit den 1920er Jahren entstanden waren und sich problemlos in die nationalsozialistische Ideologie einfügten und deren gedankliche Kontinuität – oder Transformationen – über den Bruch von 1945 verfolgt werden müssten. Das alles freilich nicht, ohne den konkreten Akteuren und ihrem Handeln nachzugehen.

Mit den folgenden Referaten von Esther Neblich (Bayreuth) und Stefan Albrecht (Mainz) zu Heribert Sturm und Helmut Preidel kehrte die Debatte wieder zu weniger glatten Karrieren zurück. Esther Neblich schilderte Heribert Sturm als einen detailversessenen Arbeitsmenschen, der sich in erster Linie der Rettung und Bewahrung „seiner“ Archivbestände verpflichtet gefühlt habe. Dieses Pflichtethos habe ihm, der 1945 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft nach Cheb (Eger) zurückkehrte, auch von sudetendeutscher Seite Ärger eingebracht. Volksgeschichte habe er schon allein deswegen nicht geschrieben, weil er sich auf das Zusammentragen von Fakten und thematisch auf die Reichspfandschaft des Egerlandes beschränkt habe. Nach der Ausweisung aus der Tschechoslowakei war Sturm bis 1973 im Staatsarchiv Amberg – und weiterhin in dem für ihn typischen Arbeitsstil – tätig.

Der Saazer Archäologe Helmut Preidel erfuhr, wie Stefan Albrecht zeigte, in tschechischen wissenschaftlichen Kreisen eine ganz andere Rezeption als in deutschen. Preidel konnte mit seinen Arbeiten zur Vor- und Frühgeschichte unter seinen Kollegen schon vor 1938 nicht reüssieren – zwei Anläufe zur Habilitation scheiterten. 1939 wurde er wegen seiner jüdischen Frau zwangspensioniert, erhielt jedoch Unterstützung von Fritz Valjavec, für die er sich nach dem Krieg mit Persilscheinen für diesen, Oberdorffer und Andere revanchierte. Doch auch in der Bundesrepublik

konnte Preidel beruflich nicht richtig Fuß fassen – das lag an seinen Thesen, doch auch an seiner Position zwischen den Stühlen: Einerseits schaden ihm seine guten Beziehungen zu NS-Historikern, andererseits war er auch unter diesen nicht voll akzeptiert. In der Tschechoslowakei indessen wurde Preidel wegen der Rezeption tschechischer Arbeiten in seiner eigenen Forschung geschätzt; er galt als Opfer des Nationalsozialismus und als politisch wie fachlich ‚naiv‘.

Die letzten beiden Referate der Tagung befassten sich dann mit sudetendeutschen Historikern in der Bundesrepublik – wenn auch mit unterschiedlichem Anspruch und diametral entgegengesetzter Perspektive: Während Pavel Kolář (Potsdam) über Erinnerungskonstruktionen ehemaliger Prager deutscher Historiker – und damit über deren Interpretationen der kollektiven wie individuellen „Katastrophe“ von 1945 – sprach, bot Otfried Pustejovsky (Waakirchen-Point) ein Stück oral history, in dem er das Selbstverständnis der Gründergeneration sudetendeutscher Forschungsstellen im Wesentlichen reproduzierte. Das Sudetendeutsche Archiv – so Pustejovsky – habe der Sudetendeutschen Landsmannschaft als „wissenschaftliches Mäntelchen“ gedient. Es sei dem Archiv unter der Leitung von Helmut Kuhn aber gelungen, landsmannschaftliche Interessen und Versuche der Einflussnahme aus seiner Tätigkeit herauszuhalten. Das Archiv habe sich intensiv mit der Situation in der Tschechoslowakei – mit sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen – befasst und auch viele, gerade historische Arbeiten aus dem Tschechischen übersetzt und so dem deutschen Publikum zugänglich gemacht. Ab und an hätten sich „Rechtfertigungsarbeiten“ gegenüber der Volksgruppe, wie etwa die Publikation von Dissertationen hoch stehender Politiker, allerdings nicht vermeiden lassen.

Manfred Alexander (Köln) monierte, dass man die Geschichte des Sudetendeutschen Archivs nicht schreiben könne, ohne über dessen Trägerverein zu sprechen. Robert Luft vermisste die Frage nach der Motivation der zeitgeschichtlichen Dokumentationen, die das Archiv herausgab. Er warf die Frage auf, ob es sich hier nicht doch um Gegnerforschung aus sudetendeutscher Perspektive im Kontext des Kalten Krieges gehandelt habe. Dem stimmte auch Rudolf Jaworski zu, der meinte, dass gerade Kuhns Konzentration auf die Geschichte der KPTsch kein privates Hobby, sondern vielmehr Feindbeobachtung par excellence gewesen sei.

Für die Diskussion des Beitrages von Pavel Kolář blieb dann keine Zeit mehr. Das ist umso bedauerlicher, als Kolářs Thesen die Möglichkeit geboten hätten, vom Individualbiographischen weg zum Selbstverständnis der Gründergeneration der Historischen Kommission der Sudetenländer, ihrer Deutung der eigenen Tätigkeit während der Kriegsjahre und ihrem Traditionsverständnis wie nicht zuletzt zu ihrer Verortung im Gesamtbild der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 zu gelangen.

In Anlehnung an die Typologie von Martin Kohli präsentierte Kolář verschiedene Typen der Lebenserzählung deutscher, aus der Tschechoslowakei vertriebener Historiker. Diese folgten zwar mehr oder minder den biographischen Sinnkonstruktionen (reichs-)deutscher NS-Wissenschaftler, unterschieden sich aber durch die intensivere Kontingenzerfahrung sowie die Spannung zwischen der eigenen und der Geschichte der Aufnahmegesellschaft von diesen. Zentrale Aufgabe sei die Kontinuitätssicherung in Bezug auf die Lebensgeschichte wie das eigene wissenschaft-

liche Werk gewesen. Letztere habe vor allem in der Behauptung der „Objektivität“ und „Unparteilichkeit“ der fachlichen Arbeit gelegen. Die Überzeugung, der geistige Gehalt, der Kern des eigenen wissenschaftlichen Werkes sei von all den äußeren Faktoren – vor allem dem Nationalsozialismus – unbeeinträchtigt geblieben, konnte selbst dann bestehen, wenn, wie im Falle Theodor Mayers, ein Einfluss auf die Richtung des eigenen Forschens eingeräumt wurde. Nur so lasse es sich erklären, dass das Jahr 1945 keine Veränderung des sudetendeutschen Geschichtsdiskurses mit sich gebracht habe. Welche konkreten Folgen die Konstruktion von Werkkontinuität und Wertneutralisierung in der Selbstdeutung sudetendeutscher Historiker für deren wissenschaftliches Arbeiten gehabt hätte, müsse aber noch untersucht werden.

In der Schlussdiskussion ging es erneut um die Frage, auf welchen Untersuchungsgegenstand sich die Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte der Historischen Kommission eigentlich konzentrieren sollte. Martin Zückert forderte, Wissenschaftskontexte und Netzwerke stärker in den Blick zu nehmen und die Frage nach den Trends der Zeit und den wechselseitigen Beeinflussungen zu stellen. Tatjana Tönsmeier (Berlin) formulierte das aktiver: Leitwissenschaft liege nicht in der Luft; es gelte zu rekonstruieren, wer prägend gewirkt und die dominanten Interpretationen vorgelegt habe. Jiří Pešek (Prag) plädierte indessen dafür, die historiographischen Texte selbst stärker in den Blick zu nehmen und nicht nur im Kontext der Biographien zu diskutieren.

Ein gewisses Defizit der insgesamt sehr gelungenen Tagung war es, dass zu wenige der Referate die Vor- und Nachkriegszeit gleichermaßen substanziell in den Blick nahmen. Daher konnte die Frage nach den Kontinuitäten, Transformationen und Brüchen für manche der vorgestellten Protagonisten der Gründergeneration der Kommission tatsächlich nur auf der biographischen Ebene, also anhand der meist nahtlos fortgesetzten Berufskarrieren, beantwortet werden. Kolářs Forderung, den Spuren des Selbstverständnisses, das individuell wie kollektiv im sudetendeutschen geisteswissenschaftlichen Milieu der jungen Bundesrepublik gepflegt wurde, in den wissenschaftlichen Werken nachzugehen, brachte also eine wichtige Forschungsaufgabe auf den Punkt.

Der von Bedřich Loewenstein (Berlin) vorgeschlagene Schritt hin zu einer integrierten Perspektive auf die Entwicklung der tschechischen wie der deutschen Geschichtswissenschaft ist das Ziel einer Tagung des Collegium Carolinum im November 2004. Bei diesem zweiten Teil einer Doppeltagung zur Geschichtsschreibung zu den böhmischen Ländern werden – spiegelbildlich zum biographischen Ansatz der Brüner Konferenz – die Themenfelder und Institutionen historischer Forschung seit 1945 untersucht werden. Nimmt man die Tagung der Kommission, die beiden Veranstaltungen des Collegium Carolinum und das Projekt über die deutsche Bohemistik in den böhmischen Ländern bis 1945 zusammen, das seit 2001 am „Centrum mediévistických studií“ (Zentrum für mediävistische Studien) der Prager Akademie der Wissenschaften läuft,¹ ist zumindest ein Anfang gemacht in der Auseinandersetzung mit der – im weitesten Sinne – deutschen Geschichtsschreibung

¹ Zu dem Projekt siehe: <http://www.flu.cas.cz/cms/nemmed.htm#nem> (01.10.2004).

zu den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert, die auf die Impulse aus der Debatte um die deutschen Historiker im Nationalsozialismus sowie über die Kontinuitäten dieser Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit kaum reagiert hat.

München

Christiane Brenner